Allgemeine Zeitung

VERLAG: MAINZ, GROSSE BLEICHE 35
TELEFON-SAMMELNUMMER 4371

Ausgabe Kreis Bingen
NEUER MAINZER ANZEIGER

REDAKTION: MARGARETENGASSE
TELEFON-SAMMELNUMMER 4371

Nummer 65 | Samstag, 2. August 1947 | Preis 20 Pfennig

Amnestie - Fürsorge - Urlaubsfragen

Neue Gesetzentwürfe vor dem Landtag von Rheinland-Pfalz

O. Z. Koblenz. (Eig. Meldung.) Landtagspräsident Diel hatte die Abgeordneten von Rheinland-Pfalz zu einer Sitzung am vergangenen Dienstag nach Koblenz einberufen, um die von der Regierung vorbereiteten Gesetzesentwürfe zu beraten. In knapp fünfzig Minuten wurde in überraschender Kürze eine umfangreiche Tagesordnung erledigt; nur schwer gelang es der Geistesgegenwart einzelner Abgeordneter, überhaupt zu Worte zu kommen. So bei der ersten Vorlage des Tages, zur Ausführung des Artikels 97 der Verfassung. In diesem Artikel werden die Rechte der Abgeordneten auf freie Benutzung der Verkehrs- und Nachrichtenmittel festgelegt und ihre Aufwandsentschädigung bestimmt. Danach erhält jeder Abgeordnete monatlich 360.— RM als Aufwandsentschädigung. Diese Entscheidung wurde gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen, die einen Betrag von 300.— RM als ausreichend ansahen. Für die Teilnahme an Ausschußsitzungen, die außerhalb der Vollsitzungen des Landtags stattfinden, erhalten die Abgeordneten für jeden Tag ihrer Anwesenheit zu ihrer Aufwandsentschädigung einen Zuschlag von 25.— RM. Für jeden Tag, an welchem ein Mitglied des Landtages der Vollsitzung des Landtages ohne ordnungsmäßige Beurlaubung ferngeblieben ist, wird von der Aufwandsentschädigung ein Betrag von 25.— RM abgezogen. Sehr witzig heißt es in dem Landesgesetz anschließend: „Der Abzug darf jedoch insgesamt den Betrag einer vollen Monatsentschädigung nicht überste gen." Es könnte sonst vorkommen, daß ein Abgeordneter unter Umständen noch etwas in die Staatskasse zu zahlen hat!

Geschäftsordnung im Präsidium

Eine Geschäftsordnung für den Landtag von Rheinland-Pfalz wurde ohne Einzelbesprechung in der zweiten und dritten Lesung im ganzen einstimmig angenommen. In dieser Geschäftsordnung ist vorgesehen, daß der Präsident und die Vizepräsidenten in der ersten Tagung nach der Neuwahl des Landtages zunächst nur auf vier Wochen gewählt werden. Da diese Frist inzwischen verstrichen ist, mußte nun das Landtagspräsidium endgültig bestimmt werden. Zum Landtagspräsidenten wurde wieder der Abgeordnete Diel (CDU) einstimmig gewählt. Der seitherige erste Vizepräsident, Abg. Bögler (SPD), der zum Oberregierungspräsidenten der Pfalz ernannt worden ist, verzichtete auf die Wiederaufstellung seiner Kandidatur. Auf Vorschlag der SPD wurde daraufhin der Abgeordnete Röhlo (SPD) einstimmig gewählt. Vizepräsident Röhle bekleidete in der provisorischen Landesregierung das Amt des Arbeitsministers. Er gehörte auch dem früheren preußischen Landtag als Abgeordneter an. Als zweiter Vizepräsident wurde der Abgeordnete Tobias Weber (CDU) einstimmig gewählt. Als Beisitzerin wurde Frau Dr. Gantenberg (CDU), Oberstudiendirektorin in Trier, ins Präsidium berufen.

Der Flüchtlings-Ausschuß

Ein Gesetz zur Bildung vorläufiger Amtsvertretung und die vorläufige Bestellung von Amtsbürgermeistern in den Regierungsbezirken Koblenz und Trier wurde in zweiter Lesung angenommen und sodann an den Hauptausschuß überwiesen. Ohne Debatte wurde auch in zweiter und dritter Lesung der Entwurf eines Landesgesetzes über das Nachrücken von Kandidaten in den Kreisversammlungen einstimmig angenommen. Abgeordneter Roth (SPD) gab einen Bericht über die seitherige Arbeit des Flüchtlingsausschusses. Er betonte bei der Abgrenzung der Befugnisse des Flüchtlingsausschusses insbesondere, daß dem Flüchtlingsausschuß keinerlei Entscheidungsbefugnis über den Zuzug von Personen in die französische Zone zusteht. Eine solche Genehmigung kann entsprechend der Bestimmung von General Koenig nur von der Militärregierung erteilt werden. Deshalb kommt diesem Ausschuß eher die Bezeichnung „Hilfsausschuß für zugewanderte Personen" zu. Der Personenkreis, mit dem sich der Kommissar für das Flüchtlingswesen in Rheinland-Pfalz befassen soll, umfaßt Flüchtlinge, die keine Heimat mehr besitzen, weiter Personen, die aus verwandtschaftlichen und wirtschaftlichen Gründen in die französische Zone zuziehen wollen, und schließlich die Heimkehrer, die bereits am 1. September 1939 ihren Wohnsitz im Gebiet von Rheinland-Pfalz hatten. Der Bericht wurde an die Regierung zur besonderen Berücksichtigung weitergeleitet.

Kriegsopfer-Versorgung

Abgeordneter Wolters (CDU) gab einen Bericht über eine Landesverordnung zur Vereinheitlichung der Versorgung von Kriegsopfern, die der Regierung zur Durchführung zugeleitet wurde. Der Sozialpolitische Ausschuß wird sich nochmals mit dieser Frage befassen und hat als vorläufige Uebergangslösung die Regelung der Kriegsopferversorgung, wie sie in Rheinhessen und in der Pfalz durchgeführt wird, für das ganze Land empfohlen. Danach sind für Beschädigte mit einer Erwerbsminderung von 30 Prozent aufwärts folgende Sätze vorgesehen: 30 Prozent: 20 RM, 40 Prozent: 30 RM, 50 Prozent: 50 RM, 60 Prozent 60 RM, 70 Prozent: 70 RM, 80 Prozent: 80 RM, 90 Prozent: 90 RM und 100 Prozent: 100 RM; die Kinderzulage beträgt von 50 bis 70 Prozent Erwerbsminderung 15 RM, darüber hinaus 20 RM. Schwerbeschädigten kann eine Zusatzrente gewährt werden, außerdem sind Pflegezulagen, Witwen- und Waisenrenten vorgesehen.

Die Regierung wurde ferner vom Landtag um die Vorlage eines Amnestiegesetzes ersucht. Diese Amnestie soll aus Anlaß der Wirksamkeit der neuen Verfassung und der Bildung einer ersten parlamentarischen Vertretung insbesondere für Straftaten erlassen werden, die aus wirtschaftlicher Not begangen wurden.

Finanz-Fragen

Ein Gesetzesentwurf über die Aufnahme von Anleihen und Krediten und die Übernahme von Bürgschaften wurde von der Beratung abgesetzt. Nach diesem Gesetzesentwurf sollen zur Deckung von Ausgaben des Außerordentlichen Haushaltes im Rechnungsjahre 1947 und zur Zurückzahlung von Schuldverbindlichkeiten des Landes Anleihen bis zum Betrage von 300 Millionen RM aufgelegt werden. Ferner sollte der Finanzminister ermächtigt werden, zur Förderung der Wirtschaft Bürgschaften bis zum Betrage von 100 Millionen RM zu übernehmen. Ebenso wurde eine Entschließung des Hauptausschusses über den Erlaß eines Amnestiegesetzes vorläufig aufgeschoben.

Dem Hauptausschuß wurde ein Gesetz zur Regelung der Dienstbezüge der leitenden Beamten der Zentral- und Mittelbehörden überwiesen. Dieser Entwurf soll die Besoldungserhöhungen des ehemaligen Reiches, die namentlich nach 1939 Platz gegriffen haben, beseitigen. Der Innerwert schafft für die obersten Ämter neue Besoldungen, die ganz wesentlich unter den Spitzenbesoldungen von 1927 liegen.

Urlaubs-Regelung

Abgeordneter Scherer berichtete beim letzten Punkt der Tagesordnung über einen Entschließungsantrag des Sozialpolitischen Ausschusses zur vorläufigen Regelung des Urlaubs. Danach soll allen Arbeitenden in Rheinland-Pfalz gemäß Artikel 57, Abs. 4 der Verfassung ein bezahlter Mindesturlaub von 12 Tagen gewährt werden. Schwerbeschädigte und Opfer des Faschismus erhalten noch drei Tage zusätzlichen Urlaub. Falls günstigere Bestimmungen in Kraft sind, sollen diese bestehen bleiben. Der Entschließungsantrag wurde einstimmig angenommen. Die endgültige Regelung wird jedoch einem späteren Gesetz vorbehalten bleiben.

Die nächste Sitzung des Landtages wird wahrscheinlich in der zweiten Augusthälfte stattfinden. Die Landesregierung wird bis dahin weitere Gesetzesentwürfe und Erlasse dem Landtag zur Beratung zuleiten.

Deutschlands Industrie und die Westmächte

Sozialisierung der Ruhr oder privater Besitz / Frankreichs Sicherheits-Anspruch

London. (BBC.) Die „Times" befaßte sich am Freitagmorgen in einem Leitartikel, betitelt „Deutschlands Genesung", mit den bevorstehenden anglo-amerikanischen Besprechungen über die Reorganisierung der Kohlenindustrie des Ruhrgebiets und mit der offenkundigen Gegensätzlichkeit der britischen und der amerikanischen Politik. Sie erinnert daran, daß die britische Regierung sich vorgenommen hat, die Kohlengruben des Ruhrgebiets in eine Art von öffentlichem Besitz überzuleiten, ein Versprechen, das erst noch durchgeführt werden müsse. Das Blatt erklärt, die Ansicht Amerikas, dieses Verstaatlichungsprogramm sei ausschließlich dem politischen Charakter der Regierung der britischen Arbeiterpartei zuzuschreiben, lege die britischen Motive in hohem Grade falsch aus. Dies müsse der amerikanischen Regierung klargemacht werden.

Es gibt nach Ansicht der „Times" im Ruhrgebiet keine Wahl zwischen privatem und öffentlichem Besitz. Die privaten Grubenbesitzer waren Thyssen, Stinnes und die anderen großen Industriellen, die ihren Reichtum und ihre Tatkraft dazu verwandten, Hitler zu stützen. Eine Rückkehr der Gruben in den Besitz dieser aufgeblähten Konzerne, die so viel Unglück über die Welt gebracht haben, komme auf keinen Fall in Frage. Keine Art von Ansporn könne die Grubenarbeiter des Ruhrgebiets veranlassen, größere Kohlenmengen zu fördern, wenn sie der Ansicht seien, daß ihre alten Herren zurückkehrten. Abschließend erklärt die „Times": „Sozialisierung ist ein Mittel zu dem praktischen Zweck, den alle Besatzungsmächte anstreben, nämlich die Deutschen wieder wirtungsvoll in den Arbeitsprozeß einzugliedern.

Die „Times" führte dann weiter aus: „Abgesehen von der Frage der Eigentumsverhältnisse an den Ruhrgruben ist auch über die folgenden verwaltungstechnischen Probleme trotz ihrer Dringlichkeit bisher noch keine Einigung zwischen den Westmächten zustande gekommen: die reibungslose Durchführung des Übereinkommens über den wirtschaftlichen Zusammenschluß der britischen und der amerikanischen Zone, die Erhöhung des deutschen Industrieniveaus und schließlich die volle Mitarbeit Frankreichs."

Zu dem letztgenannten Punkt sagt die „Times", sei vor allem wichtig, die französischen Befürchtungen, daß die Wiederherstellung der vollen deutschen Industriekapazität den deutschen Nationalismus wiedererwecken könnten, ein- für allemal zu zerstreuen. Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika hätten die Verpflichtung, Frankreich und damit auch Rußland —, das diese Befürchtung teile — davon zu überzeugen, daß Großbritannien und die USA den festen Willen haben, dafür Sorge zu tragen, daß die erhöhte industrielle Produktion eines wiederhergestellten und geeinigten Deutschlands tatsächlich dazu dienen werde, dem Bedarf von Deutschlands Nachbarn zu dienen, die unter der deutschen Herrschaft so schwer gelitten haben, und ein wiederhergestelltes und geeintes Deutschland weiterhin in einem Ausmaß zu kontrollieren, das seine Wiederaufrüstung und damit die Wiederholung deutscher Angriffe unmöglich mache.

Die Direktoren

Vor Nachwahlen im Wirtschaftsrat

FF. Frankfurt. (Eig. Bericht.) Von den fünf neuen Direktoren der einzelnen Verwaltungen des Zwei-Zonen-Wirtschaftsrates haben bis jetzt nur die Direktoren Dr. Semler (Wirtschaft), Schlange-Schöningen (Ernährung u. Landwirtschaft) und Schubert (Post) das Amt angenommen. Der zum Direktor für Verkehr gewählte bisherige Generaldirektor der Oberbetriebsleitung Süd der Eisenbahnen der britisch-amerikanischen Zone Eugen Fischer hat dagegen jetzt dem Zwei-Zonen-Wirtschaftsrat mitgeteilt, daß er die Wahl ablehnt. Er erklärte dazu, daß er sein jetziges Amt erst vor einem Jahr übernommen habe und diese wichtige Funktion nicht zugunsten eines Amtes aufgeben wolle, das mehr einen politischen Charakter trage. Von dem zum Direktor für Finanzen gewählten früheren Reichsbankdirektor Schnleiwindt liegt eine Erklärung noch nicht vor. In den Kreisen des Zwei-Zonen-Wirtschaftsrates wird jedoch angenommen, daß er die Wahl ablehnen wird. Damit sind nur eine Woche nach der unter politisch so zugespitzten Verhältnissen erfolgten Wahl der Direktoren von fünf Aemtern zwei nicht besetzt. Es steht zu erwarten, daß die Vollversammlung des Wirtschaftsrates, die zunächst erst wieder für Anfang September vorgesehen war, bereits in der kommenden Woche zu einer außerordentlichen Sitzung zusammentreten wird, um die beiden offenen Direktorenstellen zu besetzen. Ob diese Nachwahlen Möglichkeiten bieten werden, die politischen Spannungen zu überbrücken, muß abgewartet werden.

Verlegung von Ministerien

Koblenz. (Eig. Meldung). In der kommenden Woche werden die Geschäftsräume des Ministerpräsidenten, des Staatsministeriums und des Innenministeriums von Koblenz-Oberwerth in das Gebäude des früheren Oberpräsidiums, das inzwischen weiter ausgebaut worden ist, verlegt werden.

Der Hauptbevollmächtigte für Atomenergie, Joliot Curie, während seines Vortrags auf der Pressekonferenz, die er in Paris gab. Links Frau Joliot Curie. Südena/AFP-Bild

Am Anfang war die Tat!

Von Willy Feller, Minister für Wiederaufbau von Rheinland-Pfalz

Das Ministerium für Wiederaufbau und Verkehr besteht noch kein halbes Jahr. Wir haben in dieser kurzen Zeit wenig geredet, aber unter Einsatz all unserer Kräfte das Höchstmögliche getan. Wir haben die von dem früheren Oberpräsidium Hessen-Nassau, Abteilung Wiederaufbau und Verkehr, geleistete wertvolle Aufbauarbeit erfolgreich fortgeführt. Für das Ministerium waren fast keine Grundlagen vorhanden. Wir mußten buchstäblich alles von Anfang an wieder aufbauen. Keine Arbeitsräume, keine Büromöbel — die primitivsten Arbeitsmittel mußten wir uns selbst beschaffen.

Und wir haben gearbeitet. Vor uns nur Trümmer, Ruinen, Schutt und Dreck. Das alles hat uns der Nazismus als fluchwürdiges Erbe hinterlassen. Doch wir verfielen nicht in einen tödlichen Pessimismus. Wir legten nicht die Hände in den Schoß, um dem grauen Elend seinen Lauf zu lassen. Wir packten den Stier bei den Hörnern und gingen mit aufgekrempelten Aermeln an die schwere, unpopuläre, aber zugleich dankbare und schöne Aufgabe, unseren Städten und Dörfern ein neues Gesicht zu geben. Getragen von einem realen und kämpferischen Optimismus, formen wir in schöpferischem Neuaufbau unserem Vaterland ein neues Antlitz.

Wir legen heute vor dem werktätigen Volk einen Tätigkeits- und Rechenschaftsbericht ab. Diese Zahlen sprechen eine nüchterne und klare, aber doch kühne und lebendige Sprache. Sie zeigen, was wir bisher geleistet haben. Es war nur wenig, gemessen an dem Meer des Unglücks, in das die Hitlerpartei unser Volk gestürzt hat. Aber es ist ein mutiger Anfang. Am Anfang war für uns Demokraten der Tat und Antifaschisten des Handelns nicht das schöne Wort, sondern die mutige Tat. Wir sind keine leeren Schwätzer. Wir machen keine billigen Versprechungen. Wir belügen nicht das Volk, wie der ehemalige braune Mephisto und Propagandazwerg.

Wir haben unser Ministerium zum Teil neu organisiert. Frische, junge, der Sache des Volkes ergebene und bewährte Mitarbeiter herangezogen. Wir haben alle ehrlich und kameradschaftlich zusammengearbeitet, von der Stenotypistin, dem Angestellten über den Abteilungsleiter bis zu den Spitzen des Ministeriums gab es nur einen Willen: in selbstloser Hingabe und Aufopferung für unsere Heimat und unser Volk zu arbeiten. Damit sich einst gleich dem Vogel Phönix aus Schutt und Asche, Elend und Not ein neues demokratisches Deutschland erhebe.

In dem früheren Gebiet Rheinland-Hessen-Nassau wurden über 39 000 Wohnräume instandgesetzt. Fast 3000 Kilometer Straßen wurden gebaut. 12 Brücken wurden wieder hergestellt.

Wir sprechen wenig über Demokratie. Wir gehen mit zusammengebissenen Zähnen an die schwere Herkulesarbeit des Wieder- und Neuaufbaus. Wir legen die steinernen Fundamente für eine neue und kämpferische Demokratie. Unsere Hauptsorge galt und gilt unseren Bauarbeitern, Angestellten, Beamten, Technikern, Ingenieuren und Architekten, die in Wind und Wetter, bei Sturm und Regen draußen auf den Bauplätzen stehen und zupacken, damit unsere Kinder einmal wieder als glückliche Menschen in einem eigenen Heim, in einem schöneren Deutschland wohnen können. Wir leisten nicht nur die dringend notwendige Flick- und Reparatur-Arbeit. Wir haben in Ludwigshafen, Koblenz, Mainz und Trier Sofort-Wohnungsprogramme aufgestellt. Wir werden dieses Gegenwartsprogramm auch verwirklichen.

In den wenigen Monaten, seitdem das Ministerium besteht, konnten wir noch keine großzügige Planungsarbeit entwikkeln. Wir werden ein Landesplanungsamt schaffen, in dem unsere besten Städtebauer, Architekten und Künstler die Städtebaupläne koordinieren werden, um Baustoffe und Arbeitskräfte planmäßig einzusetzen. Wir sind durch die Schuld der Hitlerbande ein besetztes Land. Unsere Mittel und Möglichkeiten sind beschränkt. Wir müssen nicht nur wieder aufbauen, sondern auch wieder gutmachen. Trotzdem müssen wir auch unser Bauprogramm für die Zukunft entwickeln. Wir können nicht nur reparieren und restaurieren. Wir müssen kühn und weitschauend neu konstruieren. Heute schaffen wir Wohnungen. Morgen müssen wir neue Städte in einem neuen Deutschland, erfüllt von neuem Leben und neuem Glück, erstehen lassen.

Die Zonenschranken behindern auch die Entwicklung der Baustoff-Industrie. Die Produktions-Kapazität für Baustoffe wird in unserer Zone nur bis zu 10 Prozent ausgenutzt. Wir haben keine Kohle. Die Kohle ist unser Schicksal. Die Kohle ist der Schlüssel zur Entwicklung und Steigerung der Baustoff-Produktion. Die Sorge um das tägliche Brot, um Kleidung und Wohnung brennt uns allen auf den Nägeln. Wir haben für unsere Bauarbeiter in den Städten Koblenz, Ludwigshafen, Mainz und Trier zusätzliche Verpflegung beschafft. Wir geben ihnen nach Möglichkeit Arbeitsschuhe. Wir haben unsere Brückenbauer gesehen, wie sie mit halbem Schuhwerk im Wasser standen, und ohne Worte einfach und bescheiden ihre Pflicht erfüllten. Ohne diese namenlosen Helden der Arbeit des Wiederaufbaus wären all unsere Pläne ein Stück Papier geblieben. Wir drücken all denen, die an unserem großen Werk mitarbeiten, aus tiefster Dankbarkeit die Hand. Wir gedenken auch vor allem den Opfern der Arbeit, die ihr Herzblut gegeben haben, für die schöne und stolze Sache des Wieder- und Neuaufbaus unserer Heimat. Wir wollen den Witwen und Waisen, den Müttern dieser Helden der Arbeit helfen. Ein schönes und glückliches Deutschland kann nur wiedererstehen, wenn der Wieder- und Neuaufbau von einem breiten, mächtigen und mitreißenden Strom der Volksinitiative getragen wird. Schon in der Verfassungsgebenden Landesversammlung wurde ein Wiederaufbau- und Verkehrsausschuß gebildet. Das Ministerium hat auch Wiederaufbau-Beiräte in allen Städten und Dörfern vorgesehen.

Von unten auf, getragen von dem schöpferischen Willen des Volkes, müssen wir unser deutsches Haus neu aufbauen. In diesem neuen Haus sollen aber die, die es erbauen, auch selbst als Menschen wohnen, leben und glücklich sein. „Verprassen soll nicht mehr der faule Bauch, was fleißige Hände erschufen". Diese Mahnung des großen Sohnes des ehemals schönen Düsseldorf, Heinrich Heine, ist zugleich ein stolzes Bekenntnis. Es gilt kein Mundspitzen, es muß gepfiffen werden.

Unser Volk wird nicht mit Worten satt. Es will Taten sehen. Taten des Wieder- und Neuaufbaues. Taten des Friedens. Taten für das Leben.

Erfüllt von einem heiligen Glauben an unser Volk, durchglüht von einer tiefen Liebe zum Leben, hämmern und schmieden wir eine hellere Zukunft.

Wir sind die mutigen und kühnen Baumeister einer Neuen Welt!